



## Fachkräftemangel durch gute Bedingungen und faire Löhne begegnen

Fachkräftemangel durch gute Bedingungen und faire Löhne begegnen  
"Angesichts millionenfacher Erwerbslosigkeit und eines massiven Lohndumpings durch Niedriglöhne ist es zynisch, dass die Bundesregierung wegen eines vermeintlichen Fachkräftemangels Fachkräfte im Ausland anwerben will. Es ist zudem ein doppelt gefährliches Unterfangen: Einerseits werden Ressentiments und rassistische Vorbehalte geschürt, indem Migranten als Arbeitsmarktpuffer und Lohndrücker eingesetzt werden. Andererseits erspart die Bundesregierung der deutschen Wirtschaft die Ausbildungskosten für Fachkräfte, indem sie Fachkräfte aus dem Ausland anwirbt und somit auf Dauer die Ausbildung von Fachkräften erschwert", erklärt Sevim Dagdelen, migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf den heutigen Kabinettsbeschluss zur Änderung des Ausländerbeschäftigungsrechts. Dagdelen weiter: "Getreu dem Motto 'Die Wirtschaft braucht mehr Ausländer, die ihr nützen und weniger kosten' soll durch billigere ausländische Fachkräfte die Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt verschärft werden. Betroffen sind von diesem Nützlichkeitsrassismus auch und besonders in Deutschland lebende Migranten. Denn die Bundesregierung wird ihre Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt und den (Aus-) Bildungsinstitutionen auch weiterhin nicht wirklich bekämpfen und drängt qualifizierte Migranten in Deutschland weiter ins Abseits. Das ist weder sozial noch integrativ. Deutschland will sich dabei nach purem Eigennutz und ohne Rücksicht auf die Folgen für das jeweilige Herkunftsland des weltweiten Fachkräftepersonals bedienen. Ihnen werden die Kosten für die Ausbildung von Fachkräften überlassen. Schutzregelungen wie die 2012 beschlossenen Blue-Card-Bestimmungen zur angeblichen Verhinderung eines Brain Drain von Fachkräften, die vor Ort benötigt werden, sind ein pures Feigenblatt und sollen keine Wirksamkeit entfalten. Wer Fachkräfte braucht, der muss sie zuerst einmal selbst ausbilden und vor allem gut bezahlen, egal ob sie aus Deutschland oder aus dem Ausland kommen. Deshalb fordert DIE LINKE tariflich abgesicherte und gut bezahlte Arbeitsplätze, einen gesetzlichen Mindestlohn und eine Ausbildungsplatzumlage. Speziell im Pflegebereich braucht es endlich flankierende Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung der Berufe wie eine auskömmliche Bezahlung, familienfreundliche Arbeitszeiten und auch gesundheitsfördernde Maßnahmen."  
F.d.R. Susanne Müller  
Pressesprecher  
Fraktion DIE LINKE. im Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon +4930/227-52800  
Telefax +4930/227-56801  
pressesprecher@linksfraktion.de  
www.linksfraktion.de  


### Pressekontakt

Die Linke. im Bundestag

11011 Berlin

### Firmenkontakt

Die Linke. im Bundestag

11011 Berlin

Nach der Bundestagswahl am 18. September 2005 setzt sich die Linkspartei-Bundestagsfraktion für die 16. Legislaturperiode aus 54 Abgeordneten zusammen. Sie trägt den Namen DIE LINKE..